

Zu meinem Brief an den Kultursenator

Antwort eines Abgeordneten der CDU Fraktion:

Von harald.krueger (at) cduhamburg.de
Antwort an hwbham (at) gmail.com
Datum 11. Oktober 2010 19:57
Betreff AW: Sparprogramm der Kulturbehörde

Sehr geehrter Herr Bartels,

vielen Dank für Ihre höchst sachkundigen Äußerungen, die allerdings deutlich mehr Unterhaltungs- als Nutzwert haben. Sie deuten darauf hin, dass Sie ein Anhänger des St. Florian-Prinzips sind, auch wenn Sie immerhin auf gut gemeinte Vorschläge verzichten, wie und wo andernorts Sparbemühungen zielführender wären. Vermute ich recht, dass Sie auch gegen Einsparungen in den Bereichen Bildung, Schule, Kinder und Jugend, Senioren, innere Sicherheit etc. sind und sich mit Steueranhebungen ebenfalls nicht anfreunden können? Weitere Kreditaufnahmen und damit höhere Zinsbelastungen für die nachfolgenden Generationen finden auch nicht Ihre Zustimmung? Dann bleiben Sie nur noch die Antwort schuldig, warum denn ausgerechnet das Kulturressort ein geschütztes Biotop bleiben soll. Sie mögen Ihre Briefe und E-Mails ja gerne versenden an wen auch immer Sie wollen. Aber verschonen Sie mich doch bitte künftig und streichen mich aus Ihrem Verteiler.

Mit besten Grüßen
Harald Krüger

Meine Antwort

Als Email Anhang
Herrn
Harald Krüger
CDU Fraktionsmitglied der
Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, den 13. Oktober 2010

Ihre Antwort auf meinen Brief an Herrn Suth

Sehr geehrter Herr Krüger,

ich möchte mich höflich für Ihre sehr schnelle Stellungnahme zu meiner Mail im Zusammenhang mit dem Sparprogramm der Kulturbehörde bedanken. Es absolut nicht üblich, dass in der Politik aktive Menschen meine Anfragen beantworten. In dieser Hinsicht ist Ihre Reaktion für mich schon ein sehr positives Erlebnis.

Gleichzeitig freue ich mich natürlich auch, dass ich mit meinem Brief an den Herrn Kultursenator auch zu Ihrer Unterhaltung beitragen konnte.

Nachdem ich den Brief an Herrn Stuth versandt hatte, erklärte mir ein Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (nicht aus Ihrer Fraktion), dass viele Menschen provokative und auch zynische Traktate nicht bearbeitet (= beantwortet) werden. Eine solche Einstellung finde ich sehr schade; sie dient nicht der von allen politischen Seiten geforderten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen.

Der Ursprung meiner mehr oder weniger regelmässigen Schreiben an Politiker und politische Institutionen liegt fast genau fünf Jahre zurück. Damals schilderte ich in einer Mail an etwa 500 Empfänger ein schwieriges soziales Problem eines Menschen. Die Reaktion war erschütternd: wenn ich mich recht erinnere bekam ich etwa 4-5 Antworten. Dabei war diese Mail sehr zurückhaltend, fragend verfasst. Eine Antwort, die ich empörend fand, lautete im Inhalt „Verschonen Sie uns von Ihrem Sozialmüll“. Sie kam von dem Landesverband einer Partei. Damals begann ich über meinen politischen Standpunkt nachzudenken.

Ich will aber über die Anmerkung Ihres Bürgerschaftskollegen nachdenken und versuchen, hier nicht aggressiv und zynisch zu werden; allerdings wird es in Anbetracht der Umstände nicht einfach sein.

Das St. Florian-Prinzip ist mir bekannt; ich bezweifle allerdings, dass ich mit meinem Brief zur Vermutung Anlass gebe, dass ich „lieber andere Häuser anzünden“ möchte. Dazu fühle ich mich nicht berufen, noch verfüge ich hierzu über das notwendige Wissen. Ich bin kein Politiker und gehöre nicht einmal einer politischen Partei an. Umfassende notwendige Sparprogramme zu gestalten überlasse ich den Menschen, die dazu von der Bevölkerung den Auftrag erhalten haben und **auch etwas davon verstehen sollten**.

Allerdings bestehe ich darauf, dass die Handelnden dies zum Wohle des Volkes tun. Diese Verpflichtung ist auch der Senator mit Ableistung seines Dienstes eingegangen. Dieser Verpflichtung kommt er nicht nach; er handelt in einem Aktionismus, der ihm nicht nur von mir, sondern auch in einer Vielzahl von Äusserungen kundiger Personen vorgeworfen wird. Diese Vorwürfe stehen bislang unwidersprochen im Raum (Seinen Auftritt im NDR konnte ich leider nicht verfolgen). Wie ich inzwischen lernen konnte ist auch schon eine Volksinitiative gegen die Schliessung des Altonaer Museums geplant. Offensichtlich hat das Thema eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Mein Vorwurf in meinem Brief richtet sich in erster Linie gegen die Art und Weise wie er handelt; einer Kritik am Inhalt seines Handelns, die ich durchaus gegeben sehe, habe ich mich bewusst enthalten.

Zum von Ihnen zitierten St. Florian-Prinzip sei angemerkt, dass der Namensgeber ein sehr charakterfester Mensch war, der wegen seines festen Widerstandes gegen die Obrigkeit hingerichtet und zum Martyrer wurde. Hat die Regierung Ahlhaus und Herr Stuth solchen Charakter?

DIE ZEIT schrieb treffend und vernichtend am 30. September: „*In der Krise zeigt Hamburgs Regierung ihr wahres Gesicht. Es ist das Pfeffersackgesicht des*

selbstherrlichen, an Renommiersucht gescheiterten Geizhalses - der nicht mal ordentlich rechnen kann.“ Handelt die Regierung nach dem Leitsatz, der über dem Rathausportal steht: **„Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas“**? Ich habe da meine begründeten Zweifel. Dem Blatt „DIE ZEIT“ kann man nun wirklich nicht unterstellen, dass es plakativ und Skandale heischend berichtet. Auch hat es seinen Sitz in der Hansestadt und sein Mitherausgeber ist bekennender Hanseat. Weitere sehr kritische Artikel, die sich mit dem von Herrn Suth ausgelösten Kultur-Skandal und seiner Unfähigkeit beschäftigen, werden Sie kennen. Ich muss diese hier nicht zitieren.

Sehr zu Denken an Ihrer Einstellung zu allgemein anerkannten Grundzügen der immer wieder beschworenen Demokratie gibt mir der Schlusssatz Ihrer Mail: *„Sie mögen Ihre Briefe und E-Mails ja gerne versenden an wen auch immer Sie wollen. Aber verschonen Sie mich doch bitte künftig und streichen mich aus Ihrem Verteiler.“*

Zu Ihren Gunsten möchte ich annehmen, dass Sie hier beim Schreiben nicht ausreichend nachgedacht haben; ich will diese Meinung begründen:

In der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg kann ich im Artikel 7 lesen: *„Die Abgeordneten sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes.“*

Im Internetauftritt der Bürgerschaft kann ich lesen:

„Mischen Sie sich ein, beteiligen Sie sich an der Politik! Demokratie braucht aktive mündige Menschen, die nicht nur zuschauen wollen.“

„Abgeordnete - bürgernah vor Ort

Als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes gehört es zum Selbstverständnis der Abgeordneten, dass sie für die Anregungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sind.“

„Eine solche Vermittlung von politischer Willensbildung und parlamentarischen Entscheidungsprozessen ist eine Herausforderung, der sich die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft stellen.“

Diese Forderungen trifft Herr Dr. Lutz Mohaupt, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft und Ihr Parteifreund. Sehen Sie einen Grund, ihm hier zu widersprechen? Ohne ein Freund Ihrer Parteiorganisation zu sein muss ich Herrn Dr. Mohaupt hier voll zustimmen.

Würde ich Ihnen salbungsvolle Lobeshymnen zusenden, würden Sie mit Sicherheit keine Streichung Ihrer Mailanschrift aus meinem Verteiler verlangen. Hamburger Bürger, die Sie in der Regierung vertreten, sind nun einmal nicht nur willige Claqueure; es gibt auch Menschen, die Kritik anbringen wollen. Leider sind es zu wenige!

Als diplomiertem Sozial-Pädagogen möchte ich Ihnen unbedingt in diesem Zusammenhang einmal die Lektüre des überwiegend anerkannten Soziologen Proudhon empfehlen. Denken Sie einmal darüber nach, über dessen Feststellung, nach der er *„Politik (...) als Kampf um die Macht im Staate“* gleichsetzt und damit *„die Beherrschung des Menschen durch den Menschen“*.

Natürlich werde ich Ihre Mailadresse nicht aus meinem Verteiler streichen und Ihnen auch weiterhin – sofern ich einen Anlass sehe – meine Meinung übermitteln. Allein

Ihr Begehren dazu bestärkt mich in meiner vorherrschenden Meinung, dass Politiker sich heute überwiegend einen Machtanspruch anmassen und Bürgerinnen und Bürger als „Untertanen“ ansehen, über die sie nach eigenem Gutdünken verfügen können. Diese meine Meinung wurde kürzlich von einem Ihrer Parteifreunde heftig kritisiert. Eine Antwort auf meine natürlich erfolgte Erwiderung steht noch aus.

Sollten Sie einen Rechtsanspruch auf das Entfernen Ihrer Mailanschrift aus meinem Verteiler sehen bitte ich Sie, diesen auf dem Rechtswege versuchen durchzusetzen.

Zum Vermeiden von Missverständnissen lassen Sie mich zum Schluss hier eine Bemerkung einfügen: Sollten aus meiner Darstellung anarchistische Tendenzen erkennbar sein, so sind diese durchaus nicht ungewollt. Ich versichere aber, dass ich meine Aussagen immer auf dem Boden der in Deutschland herrschenden und als demokratisch bezeichneten Grundordnung tätige; das gilt auch für meine Handlungen.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz W. Bartels